

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/7196-01		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Zusammenhalten: Bündnis Städte Sicherer Häfen anschließen / Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und DIE LINKE sowie der UWG-Gruppe / Änderungsantrag der CDU-Fraktion				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	13.07.2021	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	13.07.2021	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

- 1. Die Stadt Osnabrück wird Mitglied im „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ und wird sich dort aktiv einbringen.**
 - 2. Die Stadt Osnabrück macht seine Rolle als „Sicherer Hafen“ öffentlichkeitswirksamer bekannt, u.a. durch eine prominente Darstellung auf der städtischen Webseite und in anderen Medien.**
 - 3. Die Stadt Osnabrück beabsichtigt – wie viele tausend Spender*innen – die Übernahme einer Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „Sea Eye 4“, dessen Kauf von vielen gesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen auch aus Osnabrück ermöglicht wurde, für zwei Jahre in Höhe von jährlich 5.000 Euro (<https://www.united4rescue.com/partners>). Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine solche Spende zu prüfen.**
1. Eine Kommunalisierung der Flüchtlingspolitik wird abgelehnt, im Gegenteil: Wir brauchen eine Europäisierung in Asyl-, Migrations- und Flüchtlingsfragen. Osnabrück hilft allen uns im Rahmen der europäischen und deutschen Rechtsordnung zugewiesenen Menschen, unternimmt aber keine Aktivitäten für darüber hinaus gehende Verpflichtungen. Hilfe und Integration für diejenigen Menschen, die bereits in Osnabrück sind, hat Vorrang gegenüber Aufnahmen über unsere Quote hinaus.
 2. Die Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten regeln ausschließlich nach rechtsstaatlichen Kriterien die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland. Städte wie Osnabrück können hier keine Befugnisse haben. Eine eigenständige Aufnahme durch Städte ist innerhalb des Gefüges des Grundgesetzes und des Aufenthaltsrechts nicht vorgesehen und kann auch nicht befürwortet werden.
 3. Osnabrücker Steuergelder können nicht im Mittelmeer eingesetzt werden. Es ist jedem Ratsmitglied freigestellt, für das Seenotrettungsschiff zu spenden. Wenn alle Ratsmitglieder 100 Euro spenden, ergibt das auch 5.000 Euro im Jahr.

4. Der Rat erneuert seine Bereitschaft, mit konkreten Maßnahmen gemeinsam mit der Osnabrücker Bürgerschaft zur Beseitigung von Fluchtursachen beizutragen. Das kann durch eine Partnerschaft mit einer afrikanischen Stadt geschehen, in der sich von der Stadt initiiert Vereine, Schulen, Hochschulen, die Kirchen sowie die Wirtschaft engagieren. Das kann auch dadurch geschehen, dass durch Vermittlung der Stadt Osnabrück unsere Partnerstadt in der Türkei mit Unterstützung von Bundesmitteln, wie beim Projekt Engagement global, Flüchtlingen vor Ort bessere Lebensbedingungen ermöglicht. Solche kommunale Initiativen sind weiter auszubauen.

Begründung:

1. Deutschland steht in Europa klar an der Spitze, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen, Migranten und Asylbewerbern geht. Seit 2015 wurden in Deutschland 2 Millionen Asylanträge gestellt. 2016 haben wir mehr Asylsuchende aufgenommen als alle anderen 27 EU-Staaten zusammen. Weltweit steht Deutschland laut UNHCR auf Platz 3 der größten Aufnahmeländer.
Deutschland hat 2015-18 im Wege der Relocation über 10.000 Personen aus EU-Mitgliedsstaaten mit besonders stark beanspruchten Asylsystemen aufgenommen.
Seit 2018 erklärte sich Deutschland bereit, aus Seenot gerettete Personen aufzunehmen und hat seit 2020 2.765 Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen, mehr als alle anderen EU-Länder.
Von 2017 bis Ende Mai 2021 wurden 11.000 Schutzbedürftige im Rahmen humanitärer Programme aufgenommen.
Nach geltendem Völkerrecht sind die Anrainerstaaten des Mittelmeeres für die Seenotrettung zuständig. Trotzdem hat sich Deutschland aktuell bereiterklärt, weitere 1.300 Personen aufzunehmen, über 900 sind bereits bei uns eingetroffen.
In Deutschland wurden 2020 pro Kopf mehr als dreimal so viele Asylanträge gestellt wie in Italien.
Neben Deutschland und Frankreich waren nur Irland, Luxemburg und Portugal regelmäßig bereit zu freiwilligen Übernahmen. Die sozialdemokratische Regierung von Dänemark weigert sich z. B. konsequent, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen.
2. Jahr für Jahr erreicht uns eine Zahl in der Größenordnung einer deutschen Großstadt mit erheblichen Auswirkungen für die Sozialsysteme, den Wohnungsmarkt, die Integrationsanstrengungen etc. Es ist aber nicht nur die Menge, sondern es geht auch um die Struktur: es kommen ganz überwiegend junge Männer aus Afrika, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland wollen und nicht aus politischen oder religiösen Gründen oder wegen eines Bürgerkrieges flüchten. Hierfür greift aber das Asylrecht des Grundgesetzes nicht.
Und es gibt noch ein strukturelles Problem: 26% der Syrer, die ja häufig schon 5 Jahre bei uns leben, sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Aber 69 % beziehen Hartz-Leistungen. Wer die Meinung vertritt, Osnabrück solle über die Quote hinaus zusätzliche Menschen aufnehmen, muss sagen, wie wir diese Menschen in Arbeit bekommen und in unsere Gesellschaft so integrieren, dass es nicht zu massiven Frustrationen kommt. Die schweren Straftaten durch Personen, die hier ihr Gastrecht missbrauchen, stellen ein Alarmsignal dar.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:

nicht zutreffend

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender